

## **FDP-Krefeld sieht offene Fragen bei der Bedarfsfeststellung der Endgeräte für Schüler**

Im vergangenen Schuljahr wurde durch den Schulloekdown und durch das homeschooling deutlich, wie viele offene Baustellen es in Krefeld bei der Umsetzung der Digitalisierung im Schulbereich noch gibt. Auch wurde in dieser Zeit deutlich, wie sehr das Gehaltsgefüge der Eltern die schulische Laufbahn der Kinder mit bestimmt. Die letzte Erkenntnis ist aber kein spezifisches Problem Krefelds, sondern ein landesweit zu beobachtendes Phänomen. „Deswegen hat das Bildungsministerium NRW schnell reagiert und das Sofortausstattungsprogramm beschlossen. Benachteiligungen einzelner Schüler können so beseitigt werden und es wird ein großer Beitrag zu mehr Bildungsgleichberechtigung geleistet.“, erklärt der schulpolitische Sprecher der FDP-Stadtratsfraktion, Alexander Schmitz. Daher bewertet die FDP-Fraktion die Anschaffung von mobilen Endgeräten für Krefelder Schüler über das Sofortausstattungsprogramm des Landes als richtigen Schritt. „Diese Maßnahme ist richtig, vor allem aber eine notwendige Antwort auf die gemachten Erfahrungen des vergangenen Schuljahres“, so Schmitz.

Offene Fragen ergeben sich für die Liberalen aber bei der Bedarfsfeststellung der Höhe der zu beschaffenen Endgeräte. „Wie kommt die Zahl von 5000 zustande? Wurde der Bedarf gemeinsam mit den Schulen ermittelt? Deckt die Zahl 5000 die Anzahl der Schüler ab, die diese Unterstützung benötigen“, fragt Schmitz. Auf die Krefelder Liberalen wirkt die Zahl willkürlich. „In der Schulausschusssitzung vom 1.9.2020 wurde den Mitgliedern auf einmal die Zahl von 5000 Endgeräten präsentiert. In der schriftlichen Verwaltungsvorlage lässt sich hierzu nichts finden und es folgte auch keine Erklärung der zuständigen Fachverwaltung, wie diese Zahl ermittelt wurde“, so Schmitz.

Sinn und Zweck des Sofortausstattungsprogramms ist es, allen Schülern einer Kommune, die in ihrer häuslichen Situation nicht auf entsprechende technische Geräte zurückgreifen können, ein Endgerät zur Verfügung zu stellen. „Aus diesem Grund brauchen wir eine passgenaue Zahl und diese muss gemeinsam mit den Schulen ermittelt werden“, sagt Schmitz abschließend.